Serie

WEGE aus der KRISE

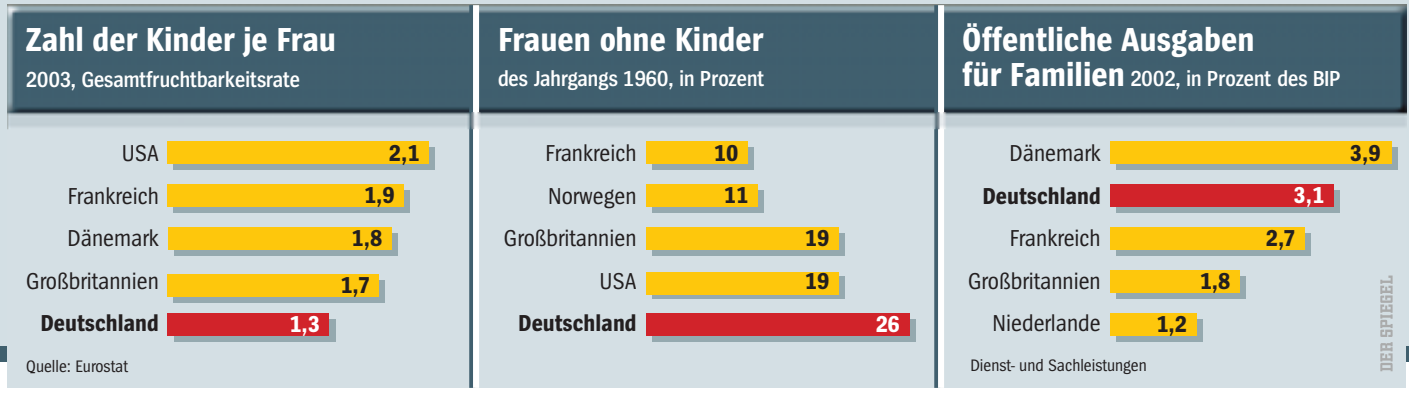
Kinder sind die Zukunft eines Landes – gerade in Deutschland aber mangelt es an Nachwuchs. Jahr für Jahr sterben im Schnitt 100 000 Menschen mehr als geboren werden. Damit verliert nicht nur der Generationenvertrag seine Basis, der gesamte Wohlstand gerät in Gefahr: Es fehlt an Steuerzahlern, Fachkräften und Konsumenten. Jahrzehntelang haben die Politiker die ökonomische Tragweite der Entwicklung ignoriert, in diesem Wahlkampf spielt Familienpolitik erstmals eine bedeutende Rolle. Im letzten Teil der SPIEGEL-Serie „Wege aus der Krise“ wird analysiert, mit welchen Anreizen der Staat junge Erwachsene dazu animieren könnte, eine Familie zu gründen.

Generation Kinderlos

Fast nirgendwo in Westeuropa ist die Geburtenrate niedriger als in Deutschland, vor allem Akademiker bleiben oft ohne Nachwuchs. Es fehlt nicht unbedingt an Geld, aber an Hilfen, um Familie und Beruf zu vereinbaren. Der Staat könnte viel mehr Unterstützung bieten.



Säuglingsstation (in Nürnberg): *„Neue Väter braucht das Land“*



Wer erfahren will, welche Rolle Kinder in Deutschland spielen, der muss sich nur das Familienleben der aktuellen Spitzenpolitiker anschauen. Dann erklärt sich vieles.

Die Unions-Kanzlerkandidatin Angela Merkel, 51, ist verheiratet, aber kinderlos geblieben. „Es hat sich in meinem Lebensverlauf nicht ergeben“, sagt sie dann knapp. Bundeskanzler Gerhard Schröder ist voriges Jahr in seiner vierten Ehe zum ersten Mal Vater geworden – einer Adoptivtochter aus Russland. Mit 60 Jahren.

Die europäischen Kollegen der beiden deutschen Polit-Profis setzen da andere Maßstäbe. Frankreichs Staatschef Jacques Chirac hat zwei leibliche Töchter und eine Adoptivtochter. Norwegens Ministerpräsident Kjell Magne Bondevik ist ebenfalls Vater von drei Kindern. Der britische Premierminister Tony Blair hat sogar vier Sprösslinge zu Hause.

Die familiären Verhältnisse der ersten Politikerriege in Paris, Oslo und London sowie in Berlin spiegeln durchaus einen allgemeinen Trend: Ganz Europa pflanzt sich fort – nur in Deutschland wird der Nachwuchs knapp. Der drittstärksten Volkswirtschaft der Erde mangelt es ausgerechnet an jenen Produktionsfaktoren, die wahrscheinlich am meisten über die Zukunftsfähigkeit eines Landes aussagen: an Eltern und an Kindern.

Selbst in Zeiten großer Not, im Jahr 1946, wurden hierzulande mehr Babys geboren als heute. Fast nirgendwo sonst in Westeuropa ist die Geburtenrate niedriger. Im Schnitt bekommt jede Frau in Deutschland nur noch 1,3 Kinder. In Schweden sind es 1,7 Kinder, in Frankreich 1,9, in Island sogar 2,0.

Wenn sich Paare in Deutschland doch für Nachwuchs entscheiden, dann oft erst im reiferen Alter. Verheiratete Frauen bekommen ihr erstes Kind mit knapp 30. Anfang der neunziger Jahre waren sie noch drei Jahre jünger, als der Nachwuchs kam. Der Kinderwunsch wird, sofern vorhanden, immer weiter nach hinten geschoben. Bis irgendwann die Gesetze der Biologie den Paaren die Entscheidung abnehmen.

Jürgen Schmitz, 41, und seine Frau Claudia, 35, sind nicht prinzipiell gegen Kinder, „aber ohne finden wir es schöner“, sagt der selbständige Unternehmensberater. Das Paar genießt das Leben zu zweit, die Möglichkeit des spontanen Verreisens zum Beispiel und die finanzielle Unabhängigkeit.

Schmitz hat einen Patensohn. Wenn der zu Besuch ist, baut er die Carrera-Bahn auf. Nach dem Besuch ist er froh, wieder seine Ruhe zu haben. Seine Frau, eine angestellte Juristin, wünscht sich manchmal schon ein Kind. Aber dann ist die Angst doch größer, dass nach einer Babypause der Wiedereinstieg in den Beruf schwer fallen würde. „Für uns ist der Zug wohl abgefahren“, sagt die 35-Jährige.

So wächst eine Generation heran, die sich Kindern geradezu verweigert: Aus Männern werden keine Väter mehr, aus Frauen keine Mütter, aus Paaren keine Familien. Rund ein Drittel der Frauen der Jahrgänge 1960 bis 1967 ist kinderlos. Unter den Akademikerinnen dieser Altersgruppe liegt der Anteil sogar bei 38 Prozent. Die Elite der Republik reproduziert sich nicht.

Damit verliert nicht nur der Generationenvertrag seine Geschäftsgrundlage – die Einzahler ins Rentensystem. Der gesamte Wohlstand gerät in Gefahr. Denn bleibt der Nachwuchs aus, fehlt es an Steuerzahlern, an Fachkräften, vor allem an Verbrauchern, was schon heute spürbar wird.

Es fehlen die jungen Konsumenten, die versessen sind auf alles Neue und so den Strukturwandel antreiben. Die für gewisse Anschaffungen – vom Dreirad über den Familien-Van bis zum Reihenendhaus – überhaupt erst den Anstoß geben. Dass die Binnennachfrage seit Jahren lahmt, hat wesentlich damit zu tun, dass die Konsumenten in Deutschland älter und saturierter geworden sind.

Spätestens hier wird klar, wie weit die Konsequenzen der Geburtenkrise reichen. Inzwischen ist auch die ökonomische Tragweite allen Entscheidern in den Volksparteien bewusst. Auf keinem anderen Politikfeld hat sich zuletzt so viel bewegt – zumindest gedanklich.

Vor wenigen Jahren tat Kanzler Schröder Familienpolitik noch als „Gedöns“ ab. Heute fragt er durchaus selbstkritisch: „Warum hat uns so wenig interessiert und berührt, dass wir in 40 Jahren von einem Land des Kinderreichtums zu einer Republik des Kindermangels geworden sind?“

Mag sein, dass der Sinneswandel einfach nur der Existenz seiner Adoptivtochter Viktoria geschuldet ist. In Berlin jedenfalls ist es vor allem Renate Schmidt, 61, die dem Thema „Familie“ neues Gewicht gegeben hat. Die SPD-Ministerin, Mutter von drei Kindern, hat sich viel vorgenommen: „Ich möchte dafür sorgen, dass sich vorhandene Kinderwünsche erfüllen können.“

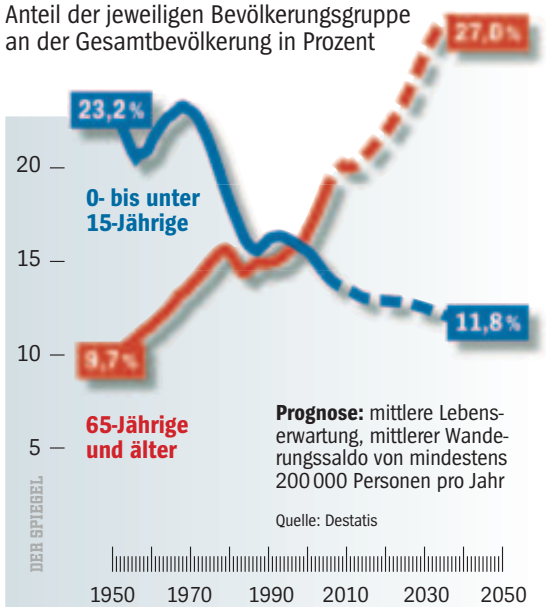
So ähnlich könnte das auch Niedersachsens Sozialministerin Ursula von der Leyen, 46, formuliert haben. Mit ihrer Berufung ins „Kompetenzteam“ der Union wollen die Christdemokraten demonstrieren, dass sie auch auf diesem Gebiet den Muff der Ära Kohl loswerden möchten. Von der Leyen zieht sieben Kinder groß, und sie hat einige Zeit als Ärztin und Gesundheitsökonomin gearbeitet.

Über Familienpolitik müsse „völlig neu“ nachgedacht werden, sagt sie, was freilich forscher klingt, als es manchem altgedienten Christdemokraten lieb ist, während sich ihre Kanzlerkandidatin von der Gattin des Noch-Kanzlers die eigene Kinderlosigkeit vorhalten lassen muss.

Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik ist Familienpolitik zu einem relevanten Wahlkampfthema geworden. Bloß, kann der Gesetzgeber hier überhaupt etwas ausrichten? Hat er Möglichkeiten, die Geburtenzahl positiv zu beeinflussen? Was

Alt schlägt Jung

Anteil der jeweiligen Bevölkerungsgruppe an der Gesamtbevölkerung in Prozent



PETER ROGGENTHIN



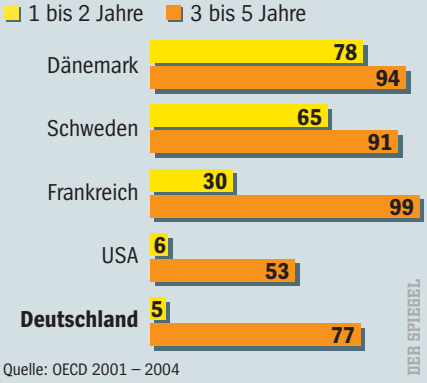
RONALD FROMMANN

Kita-Gruppe (in Hamburg)
Ein Krippenplatz gleicht einem Lottogewinn

STRATEGIE: Kinderbetreuung fördern

In Deutschland mangelt es an Betreuungsangeboten, insbesondere für die Jüngsten: Nur fünf Prozent der ein- und zweijährigen Kinder besuchen eine Krippe. Viele Mütter geben deshalb ihren Job auf, das Armutsrisiko steigt. In Schweden oder Dänemark etwa, wo es genügend Krippen und Kindergärten gibt, sind die Mütter häufiger erwerbstätig – in diesen Ländern kommen besonders viele Kinder zur Welt.

Kinder in Betreuungseinrichtungen
in Prozent



Quelle: OECD 2001 – 2004

sind überhaupt die Gründe dafür, dass es in Deutschland so wenige Kinder gibt?

Am Geld allein kann es jedenfalls nicht liegen. Mehr als 150 Milliarden Euro geben Bund, Länder und Gemeinden laut Bundesbank pro Jahr für Familien aus. Zum größeren Teil handelt es sich um direkte Geldleistungen wie das Kindergeld, das allein mit rund 35 Milliarden Euro zu Buche schlägt. Doch mit der Familienförderung in Deutschland verhält es sich ähnlich wie mit der Arbeitsmarkt- oder der Gesundheitspolitik: Es wird viel Geld eingesetzt, aber wenig erreicht.

Andere Länder weisen, obwohl sie weniger investieren, höhere Geburtenraten auf. Zum Beispiel zahlt der französische Staat Kindergeld erst ab dem zweiten Kind: 112 Euro. In Deutschland bekommen Eltern 154 Euro, und zwar gleich für das erste Kind. Offensichtlich spielen also andere als monetäre Faktoren eine größere Rolle, weshalb Kinder hier selten geworden sind.

Im Lebenslauf des Durchschnittsdeutschen dauert vieles einfach länger als anderswo: Er kommt später in den Kindergarten, er wird im Schnitt erst mit 6,7 Jahren eingeschult und verlässt die Schule manchmal erst mit 20. Und wer eine Hochschule besucht, ist beim Abschluss schon 26 Jahre alt. Nicht wenige leben da sogar noch zu Hause: Der deutsche Durchschnittssohn zieht mit 25 aus, übertroffen wird er nur vom italienischen Filius, der erst mit 30 das Hotel Mama verlässt.

Danach aber rennt den jungen Erwachsenen die Zeit förmlich weg. Im Alter zwischen 27 und 35 geraten sie in jene Phase, die Soziologen als die „Rushhour des Lebens“ beschreiben. Der Zeitdruck, den Mann und Frau dann erlebten, sei „möglicherweise viel größer“ als in anderen Ländern, stellen die Autoren des neuesten Familienberichts für die Bundesregierung fest. Die Daten zeigten, „dass in dieser kurzen Altersphase von etwa fünf bis sieben Jahren Entscheidungen getroffen und realisiert werden müssen, die mehr oder minder das ganze Leben bestimmen“.

Dann gilt es, die Ausbildung abzuschließen, einen Job zu finden, einen Lebenspartner kennen zu lernen. Das alles auf einmal zu schaffen fällt vielen unendlich schwer. Denn ihr Leben verläuft nicht mehr so hübsch geordnet wie zu Zeiten ihrer Eltern: erst Geld verdienen, dann heiraten, zusammenziehen und Kinder bekommen.

Heute stehen jungen Erwachsenen alle Möglichkeiten offen: Sie gehen Partnerschaften ein, ohne gleich an Kinder zu denken. Sie heuern bei einem Arbeitgeber an und sind schon auf dem Sprung zum nächsten. Sie wollen nichts verpassen, genießen alle Freiheiten – und vertagen Lebensentscheidungen.

Derweil wachsen ihre Ansprüche in stratosphärische Höhen: Es könnte ja noch der perfekte Partner auftauchen. Und der perfekte Job in einer anderen Stadt angeboten werden. Und irgendwann der perfekte Zeitpunkt für ein perfektes Kind kommen.

So verpassen sie ihn garantiert. Aus „temporär gewollter Kinderlosigkeit“ werde leicht eine „endgültige ungewollte Kinderlosigkeit“, sagt die Gießener Familienwissenschaftlerin Uta Meier. Daran haben die Männer ihren besonderen Anteil: Sie zögern die Antwort auf die Kinderfrage noch länger hinaus als ihre Partnerinnen, ihre biologische Uhr tickt ja nicht.

Da mag es manchen Eltern rückblickend wie ein glückliches Schicksal vorkommen, wenn ihnen der Zufall die Entscheidung abgenommen hat. Alexandra Kramm, 35, war gerade sechs Wochen mit ihrem Freund zusammen, als sie schwanger wurde: „Geplant war das nicht“, sagt die Berlinerin. Heute ist ihre Tochter Emilia drei Jahre alt. Die Mutter ist unentschlossen, ob sie ein zweites Kind haben möchte: „Mich schreckt die Angst, zwei Kindern nicht gerecht zu werden.“

Eine Furcht, die viele Eltern teilen. Dass die Geburtenrate so niedrig ist, liegt weniger daran, dass es in Deutschland besonders viele Kinderlose gibt, ihr Anteil liegt in anderen Ländern nicht sehr viel höher. Vielmehr sei der Geburtenrückgang das „Ergebnis des zunehmenden Verschwindens der Mehrkinderfamilie“, meint der Berliner Soziologe Hans Bertram. In Deutschland hat nur jede zehnte Familie drei oder mehr Kinder, in Finnland gibt es doppelt so viele Großfamilien.

Das mag auch daran liegen, dass kinderreiche Familien in Deutschland bisweilen schief angeschaut werden. Als „Asoziale“ sei sie beschimpft worden, berichtet eine 36-jährige Architektin, die mit ihrem Mann und drei kleinen Söhnen in Berlin lebt. Ständig hätten die Nachbarn sie angefeindet. Eines Morgens fand sie im Hausflur den Kinderwagen mit zerstochenen Reifen vor. Danach zog die Familie in ein anderes Haus.

Vor allem aber dürfte die miserable Betreuungssituation in Deutschland dafür verantwortlich sein, dass Familien der Mut zum dritten Kind fehlt. Nur neun Prozent der unter Dreijährigen steht eine öffentliche Tagesbetreuung zur Verfügung. Dabei ist der Osten mit 37 Prozent noch wesentlich besser ausgestattet als der Westen (3 Prozent). In den alten Ländern gleicht es fast einem Lottogewinn, wenn Eltern einen Krippenplatz ergattern.

Die Augsburgerin Madelaine Piljagic, 29, gehörte zu den Glücklichen, dazu aber bedurfte es einer kleinen Lüge: Als die Anwaltsgehilfin knapp zwei Jahre nach der Geburt ihres Sohnes Marco wieder arbeiten wollte, gab sie vor, bereits eine Stelle zu haben. „Anders hätte ich keinen Krippenplatz bekommen“, sagt sie.

Piljagic ist alleinerziehend, sie verdient im Monat rund 1000 Euro netto, 150 Euro gehen für den Kindergarten von Marco

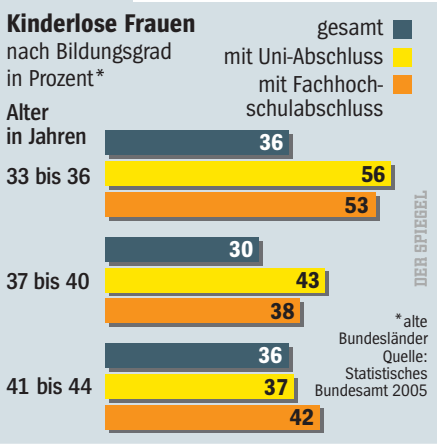


WALTRAUD GRUBITZSCH / DPA

Hörsaal (an der Universität Halle-Wittenberg)
Beim Abschluss schon 26 Jahre alt

STRATEGIE: „Rushhour" entzerren

Im Alter zwischen 27 und 35 Jahren geraten die jungen Erwachsenen in die „Rushhour des Lebens", wie Soziologen sagen: Dann müssen sie ihre Ausbildung abschließen, einen Job suchen, einen Lebenspartner finden. Diese wichtige Lebensphase ist in Deutschland besonders kurz. Kämen die Kinder früher in die Schule und absolvierten schneller ihre Ausbildung, bliebe ihnen als Erwachsene mehr Zeit für die Familiengründung.



drauf, früher waren es sogar 280 Euro, als ihr Sohn die Krippe besuchte. Gern hätte sie ein zweites Kind, „aber das kann ich mir nicht leisten", bedauert die Mutter.

Sie arbeitet Vollzeit, das schafft sie jedoch nur, weil sie einen verständnisvollen Chef hat. Der lässt sie regelmäßig früher gehen, damit sie ihren Sohn um 17 Uhr vom Kindergarten abholen kann. Ist in der Kanzlei aber viel zu tun oder eine Kollegin krank, wird es eng. Dann kann sie nur hoffen, dass Freunde oder Bekannte Zeit haben, Marco abzuholen.

Gerade für alleinerziehende Erwerbstätige bedeutet der Alltag fast permanentes Krisenmanagement. Alles muss minutiös geplant werden.

Eltern haben zwar einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz, aber der gilt erst für Kinder ab drei Jahren und in der Regel nur für vier Stunden täglich. Kein Wunder, dass viele Mütter notgedrungen ihren Job aufgeben. Nur die Hälfte geht wieder arbeiten, bevor das Kind drei Jahre alt ist. Man mag das gut oder schlecht finden – aber in keinem Land Westeuropas, ausgenommen Irland, steigen so viele Frauen mit zwei oder mehr Kindern aus dem Erwerbsleben aus wie in Deutschland.

Dabei war nie eine Frauengeneration besser ausgebildet: 42 Prozent besitzen die Hochschulreife (Männer: 36 Prozent). Und was für eine Ungerechtigkeit: Das Studium ist praktisch gratis, steht aber nur einem privilegierten Teil der Gesellschaft offen. Krippe und Kindergarten dagegen kosten die Eltern oft Hunderte Euro im Monat.

Kinder sind ein teures Vergnügen. Rund 225 000 Euro kosten sie die Eltern bis zur Volljährigkeit. Wenn nur ein Elternteil arbeiten gehen kann, müssen sich viele Familien einschränken. Dass 1,7 Millionen Kinder in Deutschland als arm gelten, liegt deshalb nicht zuletzt auch daran, dass das Betreuungsangebot hierzulande so unzureichend ist.

In Ländern wie Schweden, Norwegen oder Island, wo es genügend Krippen und Kindergärten gibt, sind die Mütter oft erwerbstätig – und genau dort kommen mehr Kinder zur Welt. Die Statistik spricht für sich: Eine Mutter in Deutschland, die bis zu sechs Jahre alte Kinder hat, ist täglich im Schnitt nur 72 Minuten im Job. Eine Schwedin verbringt fast doppelt so viel Zeit, 137 Minuten, im Beruf und hat dennoch mehr Kinder.

„Geburtenzahl und hohe Erwerbsquoten sind keine sich widersprechenden Ziele", sagt der Wirtschaftsweise Bert Rürup, „sondern können als Ergänzungen aufgefasst werden." Dazu freilich müsste es gesellschaftlich akzeptiert sein, dass Mütter berufstätig sind. Gerade in Westdeutschland hält sich die tradierte Vorstellung des Mannes als Haupternährer und der Frau als fürsorgende Mutter. Das mag für viele sogar eine Wunschvorstellung sein – mit der harten Alltagsrealität ist sie schwer zu vereinbaren.

Als die Hamburgerin Julia Egger, 30, ihren zweieinhalbjährigen Sohn Nepomuk vor einem Jahr in die Krippe gab, fragten sogar Freunde erstaunt: „Bekommt ihr das denn allein nicht mehr hin?" Wer sein Kind auch nur für ein paar Stunden pro Woche in fremde Hände gibt, gerät unter Rabenmutterverdacht.

Vielfach herrscht die Meinung vor, dass ein Kind zumindest in den ersten Jahren allein bei der Mutter gut aufgehoben sei – auch wenn diese bis dahin als Biologin oder Grafikerin zwar mit Petrischalen oder Designsoftware zu tun hatte, nicht aber mit Kindern.

Wer sich gar als Mann eher Zeit für die Kinder nimmt als für den Beruf, der schadet mitunter seiner Karriere. So hat es beispielsweise ein 36-jähriger Lehrer aus Braunschweig erlebt, der wegen seiner beiden Söhne auf Teilzeit reduziert hat. „Im Kollegenkreis ernte ich dafür kaum Verständnis, schon gar nicht von den männlichen Kollegen." Anerkennung ernten Männer eben leichter am Schreibtisch als am Wickeltisch.

Mit jedem Kind bleiben die Väter nachweislich länger im Büro. Wenn sie sich zu Hause engagieren, dann übernehmen sie

Gesellschaft und Familie Die Pläne der Parteien

CDU/CSU
- Kindergrundfreibetrag von 8000 Euro
- Familie mit 2 Kindern bis zu einem Jahreseinkommen von 38 200 Euro einkommensteuerfrei
- Kinderbonus von 50 Euro in der Rentenversicherung

SPD
- Elterngeld statt Erziehungsgeld; ersetzt 1 Jahr lang das Einkommen
- schrittweise Gebührenfreiheit von Kindertagesstätten
- Höhere Absetzbarkeit von Betreuungskosten

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Rechtsanspruch auf Betreuung ab dem ersten Lebensjahr
- Einführung einer Kindergrundsicherung
- Priorität der Gleichstellungspolitik

FDP
- Kindergrundfreibetrag von 7700 Euro
- Gebührenfreiheit von Halbtagskindergärten
- Ausbau der Ganztagsbetreuung für Kinder unter drei Jahren

DIE LINKE.PDS
- Kindergelderhöhung auf 250 Euro
- Keine Anrechnung des Kindergeldes auf Arbeitslosengeld II
- Ganztagsbetreuung für Kinder jeden Alters

DER SPIEGEL



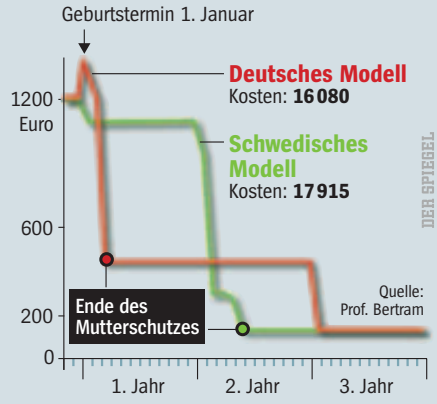
MATTIAS BARDA

Elterngeld-Bezieher Lindberg mit Familie
„Ich bin kein Elternteil zweiter Wahl“

STRATEGIE: Elterngeld einführen

Nach der Geburt eines Kindes fällt häufig bei einem Elternteil, meist der Mutter, ein Einkommen weg. Das Erziehungsgeld von 300 Euro, das bis zu zwei Jahre lang gezahlt wird, und das Kindergeld von 154 Euro pro Kind bieten keinen ausreichenden Ersatz. Ein Elterngeld in Höhe des Arbeitslosengeldes, also 67 Prozent des Nettoeinkommens bis zu 1800 Euro, das ein Jahr gezahlt wird, könnte den finanziellen Absturz abfedern.

Monatlicher Leistungsbezug unverheirateter Frauen
Gehaltsgruppe BAT VII bis 36 Monate nach der Geburt des ersten Kindes



den vergnüglichen Part, gehen auf den Spielplatz, baden die Kinder, bringen sie zu Bett. Der triste Alltag bleibt Sache der Frau.

Das trifft sogar dann zu, wenn die Mutter erwerbstätig ist. „Die fortschrittliche Haltung der Männer gegenüber dem anderen Geschlecht reicht nur so weit, wie Frauen keine Mütter sind“, bemerkt die ehemalige Bundesverfassungsrichterin Jutta Limbach süffisant und fordert: „Neue Väter braucht das Land.“

So hat der deutsche Kindermangel ganz verschiedene, nicht immer leicht fassbare Ursachen: Es geht um Einstellungen und Verhaltensmuster, aber ebenso um Betreuungsmangel, knappe Haushaltskassen und bisweilen sogar den selbstgemachten Druck, der Rolle als Über-Eltern womöglich nicht gerecht zu werden.

Dass Deutschland in die Geburtenfalle tappen würde, war dabei lange absehbar. Schließlich liegt der demografische Absturz schon Jahrzehnte zurück. 1965 kamen in Westdeutschland noch rund 1,3 Millionen Kinder zur Welt, dann verbreitete sich die Pille. Heute sterben jedes Jahr im Schnitt 100 000 Menschen mehr als geboren werden. Das Land vergreist, was allerdings nur vordergründig an zu vielen Alten liegt – es gibt vor allem zu wenig Junge.

Nun wird die ganze Tragweite der Misere klar, viel zu spät, denn die geburtenstarken Jahrgänge der sechziger Jahre sind bald selbst zu alt dafür, Eltern zu werden. Sie sind schon jenseits der 35, also am Ende der „Rushhour“ angelangt. Die Politik hätte bereits vor 25 Jahren handeln müssen, jetzt fällt es schwer, noch gegenzusteuern. Aber was genau können die Mandatsträger tun?

„Absolute Priorität hat der weitere Ausbau der Infrastruktur“, sagt Ministerin Schmidt: mehr Horte, mehr Kindergärten, mehr Ganztagsschulen. „Ohne das ist alles andere nichts.“ Rund 230 000 Betreuungsplätze will die Bayerin innerhalb von fünf Jahren zusätzlich schaffen. Finanzieren sollen die Kommunen das Projekt aus jenen 2,5 Milliarden Euro, die als Ersparnis durch Hartz IV eingeplant sind. Bislang jedoch verursacht die Arbeitsmarktreform durchweg mehr Kosten.

Ebenso droht der Ausbau der Ganztagsschulen auf halber Strecke liegen zu bleiben. Der Bund hat bis 2007 rund vier Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Nur scheuen sich die Länder davor, sie abzurufen, weil an ihnen die laufenden Kosten hängen bleiben. Von 2003 bis März 2005 wurden erst rund 380 Millionen Euro überwiesen.

Dabei wäre der Ausbau der Betreuung volkswirtschaftlich ein gutes Geschäft: Es bringt auf Dauer weit mehr Geld ein, als es kostet, wenn beide Elternteile einem Beruf nachgehen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin hat es ausgerechnet.

Würden 1000 Akademikerinnen mit Kleinkind einen Job annehmen, zahlten sie 8,1 Millionen Euro Einkommensteuer und 10,4 Millionen Euro an die Sozialkassen. Dazu kämen noch 2,6 Millionen Euro an Steuern und Sozialbeiträgen des Betreuungspersonals. Diesen Einnahmen von 21,1 Millionen Euro stünden Betriebskosten für die Ganztagsbetreuung von lediglich 9 bis 10 Millionen Euro gegenüber. „Leider aber wird der Nutzen nicht innerhalb einer Legislaturperiode sichtbar“, sagt DIW-Ökonomin Katharina Spieß. Kurz: Die Investitionen helfen keinem Politiker zur Wiederwahl.

Die Franzosen sind da weitsichtiger. Seit den Zeiten Charles de Gaulles verfolgen die Nachbarn das Ziel, die Geburtenrate zu steigern. Bis zur Jahrhundertmitte will die Grande Nation zur größten Nation Europas avancieren. Auf die Einwanderer aus Nordafrika stützt sich der Babyboom nicht: Ohne Ausländer läge die Geburtenrate nur 0,1 Prozentpunkte niedriger.

Der Schlüssel liegt vielmehr in einer flächendeckenden Betreuung. Nahezu alle Drei- bis Sechsjährigen besuchen die staatlich finanzierten, für Eltern kostenlosen Vorschulen, die „écoles maternelles“. Und von den unter Dreijährigen sind immerhin 40 Prozent in Kinderkrippen, den „crèches“, untergebracht. 83 Prozent der Französinnen mit zwei Kindern ab drei Jahren sind berufstätig.

Dass sie einmal ihre Kinder so bald nach der Geburt weggeben würde, hätte sich zum Beispiel Alice Brammer, 28, vor vier Jahren nicht vorstellen können, als sie von Mannheim in die Nähe von St. Etienne zog. Nun macht sie es so, wie es in Frankreich üblich ist: Tochter Luna, 3, schickt sie in die „école maternelle“, ihr Sohn Sabri, 1, kommt dieser Tage in die Krippe.

Im nächsten Jahr plant die Mutter, nach Mannheim zurückzukehren. Eine gewaltige Umstellung steht damit an: Der Kindergartenplatz kostet 150 Euro im Monat. Und ob sie einen Krippenplatz für Sabri bekommen wird, sei fraglich, sagt sie ärgerlich, „trotz Wartezeit von einem Jahr“.

Und dann sind da noch ihre Zweifel, ob die Kinder dort auch in so gute Hände geraten, wie sie es gewohnt ist. Französische Erzieherinnen haben eine vier- bis fünfjährige Ausbildung absolviert. Die Gruppen umfassen selten mehr als 10 Kinder, hierzulande sind es manchmal 30. Überhaupt herrscht eine andere Auffassung darüber, was frühe Betreuung leisten soll: Schon im Vorschulalter werden die Kinder

gefördert und gefordert und nicht bloß gefüttert und verwahrt.

Ausgerechnet das Land, in dem der Pädagoge Friedrich Fröbel vor rund 170 Jahren den Kindergarten erfand – ein Begriff, der sich bis heute sogar in den USA hält –, nutzt die wertvollen Jahre, in denen die Kleinen am aufnahmefähigsten sind, nur unzureichend. Insbesondere Kindern aus sozialen Randgruppen käme eine professionelle Betreuung in dieser Zeit zugute.

Bislang habe die Mehrheitsgesellschaft solche Familien „fürsorglich vernachlässigt“, kritisiert der Bremer Soziologe Paul Nolte: Sie habe „sich mit Geldzahlungen von den wirklichen Problemen am Rande der Gesellschaft freigekauft“. Ebenso aber profitierten auch höhere Schichten davon, wenn sie ihre Kinder länger als bisher in professionelle Obhut geben könnten, wie die Erfahrung in Frankreich lehrt: Dort bleiben rund zehn Prozent der Frauen mit Hochschulabschluss kinderlos.

Betreuungsangebote allein freilich reichen nicht aus, um insbesondere junge Akademikerpaare zu Nachwuchs zu animieren. Auch die Aussicht, dass mit der Geburt des Babys einem Elternteil, meist der Mutter, ein ganzes Einkommen entgeht, wirkt abschreckend.

Um die finanziellen Turbulenzen – Soziologen sprechen vom „Achterbahn-Effekt“– besser abzufedern, will die SPD ein sogenanntes Elterngeld einführen. Seine Höhe würde sich ähnlich wie das Arbeitslosengeld am letzten Einkommen orientieren: Ein Jahr lang könnte ein Elternteil 67 Prozent des bisherigen Nettoeinkommens beziehen, bei einer Obergrenze von 1800 Euro.

In Schweden existiert das Modell schon seit den siebziger Jahren. Dort bekommt der Elternteil, der zu Hause bleibt, 390 Tage lang 80 Prozent des Einkommens. Auch den Männern wird die Familienarbeit durch das Elterngeld schmackhaft gemacht: Zwei Monate muss der Vater Babyzeit nehmen, sonst verfällt der Anspruch. Mittlerweile bleiben viele sogar gern länger daheim. Und die Arbeitgeber stellen sich mehr oder weniger darauf ein.

Der Mediziner Daniel Lindberg, 31, kündigte schon während des Bewerbungsgesprächs bei einer Klinik in Uppsala an, er werde bald für acht Monate aus dem OP verschwinden: Seine Frau Carolina, ebenfalls Ärztin, sei schwanger. Er bekam den Job. Zwei Kinder hat das Paar, bei beiden haben sie abwechselnd ausgesetzt, erst sie acht Monate, dann er. Wenn die anderthalbjährige Svea schreit oder der dreijährige Cesar sich das Knie aufschlägt, dann fühlt sich Daniel Lindberg genauso angesprochen wie seine Frau: „Ich bin kein Elternteil zweiter Wahl.“

In Deutschland würde die Einführung des Elterngeldes rund 4,2 Milliarden Euro kosten, 3 Milliarden davon deckte der Wegfall des Erziehungsgeldes ab, bei dem bis zu zwei Jahre lang monatlich maximal 300 Euro gezahlt werden. Das bisherige deutsche Modell des Erziehungsgeldes ist ohnehin fragwürdig, weil es Familienväter in die klassische Rolle des Ernährers drängte: Von 300 Euro plus 154 Euro Kindergeld kann niemand leben, also kommt in der Regel der Mann in dieser Zeit für Mutter und Kind auf.

In der Union hegt Familienexpertin von der Leyen gewisse Sympathien für das Elterngeld. Andere einflussreiche Stimmen in der Partei lehnen das Konzept aber rundweg ab. Grund: Es sei unsozial. „Das ist Politik nach dem Motto: Wer viel hat, dem wird gegeben“, meint etwa die bayerische Sozialministerin Christa Stewens. Ihren familienpolitischen Schwerpunkt setzt die CDU/CSU ohnehin woanders: Sie will den Kindermangel mit Hilfe des Steuerrechts bekämpfen.

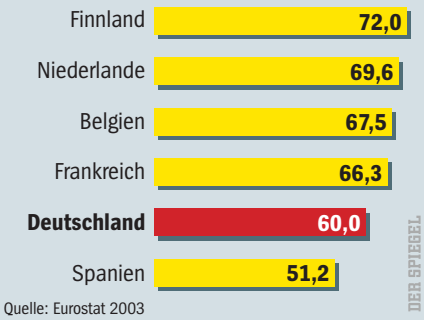
Geplant ist die Einführung eines Steuerfreibetrags in Höhe von 8000 Euro pro Familienmitglied, derzeit gelten für Kinder



STRATEGIE:
Betriebe familienfreundlicher gestalten

Oft lassen sich Familie und Beruf nur schwer oder gar nicht vereinbaren, es fehlt vor allem an flexiblen Arbeitszeitmodellen. Nur allmählich kommen die Betriebe den Bedürfnissen der Mütter entgegen. Dabei zahlen sich Investitionen in Familienfreundlichkeit für sie nachweislich aus: Sie verkürzen die Auszeiten der Mütter und verringern die Kosten für Ersatzkräfte.

Berufstätige Frauen in Europa
mit Kindern unter 12 Jahren
in Prozent der 20- bis 49-Jährigen



Quelle: Eurostat 2003



WOLFGANG THIEME / DPA

Komsa-Kindertagesstätte in Hartmannsdorf
„Möglichkeit, eine Balance zu finden“

5808 Euro. Das würde bedeuten, dass eine Familie mit zwei Kindern, die im Jahr bis zu 38 200 Euro brutto verdient, keine Einkommensteuer mehr zahlen müsste.

Die Sozialdemokraten wollen Betreuungskosten künftig stärker als bisher abzugsfähig machen. Gegenwärtig sind die Möglichkeiten sehr begrenzt: Eltern müssen Ausgaben bis zu 1548 Euro jährlich je Kind selbst tragen. Was darüber liegt, höchstens jedoch 1500 Euro, können sie steuerlich geltend machen. Zum Vergleich: Eine Parteispende ist bis 6600 Euro anrechenbar, vom ersten Euro an.

Würde sich der Fiskus stärker an diesen Ausgaben beteiligen, fänden vermutlich Abertausende Tagesmütter eine reguläre Anstellung. Das käme den Staat zwar teuer, und es würde Gutverdiener, die bislang viel absetzen können, bevorzugen. Doch es eröffnete auch ein gewaltiges Jobpotential. Und es würde Schwarzarbeit eindämmen, die gerade hier besonders verbreitet ist.

Frankreich geht einen anderen Weg: Dort zahlt der Staat Zuschüsse für den Lohn der Tagesmutter. Dazu kommt allerdings noch eine fiskalische Besonderheit: Die Franzosen berechnen die Einkommensteuer nach dem sogenannte Familiensplitting. Hier ist bei der Ermittlung der Steuerschuld die Zahl der Kinder entscheidend: Je mehr Köpfe, desto weniger Abgaben sind zu zahlen.

Im bisherigen deutschen Steuerrecht dagegen zählt das Kind wenig, viel dagegen der Trauschein. Vom Ehegattensplitting profitieren am meisten jene Ehepaare, bei denen die Partner unterschiedlich viel verdienen, Kinder oder Lebensgefährten werden nicht berücksichtigt.

„Nirgendwo in Europa wird noch heute das Modell ‚alleinverdienender Familienvater und nichterwerbstätige Ehefrau‘ so stark steuerlich begünstigt wie in Deutschland“, merkt das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung kritisch an. Doch weil das Bundesverfassungsgericht die Ehe offensichtlich für schützenswerter erachtet als die Familie, trauen sich weder die Union noch die Sozialdemokraten, dieses Verfahren zu verwerfen.

Eine solche Steuerpolitik mag die Entscheidung für die Ehe fördern – die für Kinder wohl kaum. Da spielen noch ganz andere Dinge eine Rolle, Fragen des täglichen Lebens vor allem: Wie reagiert der Arbeitgeber, wenn die Mitarbeiterin schwanger wird? Bietet er Teilzeitmodelle an? Wie weit kommt er den Bedürfnissen der Mütter, aber auch der Väter entgegen?

Jeden Morgen bringt Katrin Haubold, 30, ihre dreijährige Tochter Emma in den Betriebskindergarten der Komsa AG, eines IT-Dienstleisters aus Hartmannsdorf in Sachsen, nur montags nicht, da machen sich die beiden einen schönen Tag. Die familienfreundlichen Arbeitszeiten hätten ihr die Entscheidung für ein Kind erleichtert: „Hier habe ich die Möglichkeit, eine Balance zu finden“, sagt sie, „und Emma hat eine zufriedene Mutter, die nicht zwischen den Spielsachen zu Hause versauert.“

Haubold ist Personalleiterin des Unternehmens. Sie arbeitet 30 Stunden pro Woche. Bald nach der Geburt von Emma ist sie ins Tagesgeschäft zurückgekehrt, erst für einen Tag pro Woche, dann länger: „Ich wollte wieder arbeiten, sonst hätte ich nicht zu studieren brauchen.“

Mit solchen Freiheiten hofft ihr Chef Gunnar Grosse, ein gebürtiger Schwede, Fachkräften aus dem Westen die sächsische Provinz schmackhaft zu machen: „Wenn wir Mitarbeiter hierher locken wollen, müssen wir mit Lebensqualität argumentieren.“

Solche Investitionen in Familienfreundlichkeit zahlt sich für die Betriebe aus: Sie verkürzen die Auszeiten der Mütter, verringern die Kosten für Ersatzkräfte, senken sogar nachweislich die krankheitsbedingten Fehlzeiten und erhöhen die Produktivität. Und sie sind – ganz profan – als Betriebsausgaben steuerlich absetzbar.

Das Schweizer Forschungsinstitut Prognos hat errechnet, dass ein Unternehmen mit 1500 Mitarbeitern rund 300 000 Euro für familienfreundliche Maßnahmen ausgeben muss – etwa für Teilzeitangebote, Telearbeitsplätze oder Notfall-Babysitter. Diese Investitionen führten letztlich zu Kostenersparnissen von 375 000 Euro: ein Plus von 75 000 Euro.

Soziale Verantwortung muss also nicht eine gönnerhafte Geste sein, sie kann durchaus ökonomischem Kalkül entspringen.

Inzwischen bemühen sich immer mehr Unternehmen, etwas dafür zu tun, damit ihre Mitarbeiter Beruf und Familie besser vereinbaren können. Henkel zum Beispiel hat eine Tagesstätte eingerichtet, in der Kinder bis ins Schulalter betreut werden. In den Niederlanden sind der Vaterschaftsurlaub oder die Mutterschaftszulage sogar Bestandteil von Tarifverträgen.

Solche Regelungen könnten dazu beitragen, dass vorhandene Kinderwünsche

tatsächlich verwirklicht werden, glaubt Ökonom Rürup. Würde die tatsächliche Arbeitszeit stärker an die gewünschte angeglichen, könnte die Geburtenrate nach Einschätzung des Ökonomen binnen 15 Jahren von durchschnittlich 1,3 auf 1,7 Kinder pro Frau gesteigert werden.

Damit aber Familien, insbesondere Mütter, wenigstens ansatzweise das erreichen, was Wissenschaftler als „Work-Life-Balance“ bezeichnen, bedarf es nicht nur aufgeschlossener Unternehmer. Einen wichtigen Beitrag können auch die Kommunen leisten, in denen die Familien wohnen.

Einige erkennen mittlerweile, dass Kinder ein Wirtschaftsfaktor sind, mehr noch: Sie sind die entscheidende Größe für die Zukunft eines Gemeinwesens. Der Soziologe Bertram erwartet, dass die Kommunen demnächst „um Eltern und Kinder konkurrieren werden“. Gerade kleine Gemeinden lassen sich da schon heute manches, teilweise Kurioses einfallen.

Ellern im Hunsrück vergibt eine sogenannte Ellern-Card als Babyprämie. Mit ihr bekommt die Familie zum Beispiel die Mitgliedschaft im Turnverein kostenlos und ein Geschenk von der Baumschule. In Tiftlingerode am Fuße des Harzes spendiert die Kommune einmal im Jahr Eintrittskarten für den Zoo im nahen Hannover, und der Bürgermeister bietet sich als Babysitter an.

Die westfälische Gemeinde Laer hat mit ihrer Strategie bereits Furore gemacht: 13,5 Geburten pro 1000 Einwohner verzeichnet die Kommune, im Bundesschnitt sind es 8,7. In Laer steht für jedes Kleinkind ein Betreuungsplatz zur Verfügung, in der Grundschule werden die Kinder bis 16.30 Uhr beaufsichtigt.

Auf diese Anstrengungen allein sei die hohe Geburtenrate zwar nicht zurückzuführen, sagt der Grünen-Bürgermeister Hans-Jürgen Schimke, „aber bei der Entscheidung für das zweite und dritte Kind ist die Betreuung zweifellos ausschlaggebend“.

Das Engagement solcher Kommunen für Familien ist umso beachtlicher, weil sie die Früchte ihrer Hilfen gar nicht allein ernten. Den Nutzen streichen vor allem der Bund in Form von Steuern und die Sozialkassen als Beiträge ein. Allerdings bleibt es in der föderalen Ordnung der Bundesrepublik sowieso höchst undurchsichtig, wie sich in der Familienpolitik Kosten und Nutzen verteilen.

Die Kommunen sind zum Beispiel für die Jugendhilfe zuständig, die Länder bestimmen die Schulpolitik, und der Bund zahlt das Erziehungsgeld. Dazu kommen noch Leistungen, die die Wohlfahrtsverbände und die Sozialversicherungen vergeben. Kaum jemand hat noch den Überblick, schon gar nicht jene, die davon profitieren sollen: die Familien.

Immer wieder werden deshalb Vorschläge diskutiert, sämtliche Gelder in einer Art Familienkasse zu bündeln. Schon Mitte der fünfziger Jahre hatte Wilfrid Schreiber, ein Vater des deutschen Rentensystems, die Idee für eine zentrale Kinderkasse. Die Erfahrungen aus der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zeigen jedoch, dass solche Operationen in der Praxis ausgesprochen schwierig sind. „Das ist keine Aufgabe von ein oder zwei Jahren“, sagt Ministerin Schmidt.

Was also kann nun schnell geschehen? Wie geht es in der Familienpolitik nach dem 18. September weiter? Welche Konzepte versprechen, Deutschland aus dem Tal der Kinderlosen herauszuholen?

Die Autoren des Familienberichts setzen bei ihren Lösungsvorschlägen auf einen Dreiklang aus Zeit, Infrastruktur und Geld. Dazu gehören kürzere Schul- und Ausbildungszeiten zur Entzerrung der „Rushhour“ ebenso wie der Aufbau eines dichten Betreuungsnetzes nach skandinavischem Vorbild und die Einführung eines Elterngeldes.

Einfache Leistungen wie das Kindergeld üben jedenfalls keinen nachhaltigen Einfluss auf die Geburtenrate aus, im Gegenteil: Die späte Abnabelung von den Eltern fördert der Staat sogar noch dadurch, dass Kindergeld manchmal gezahlt wird, bis die Kinder 27 Jahre alt sind. Im kinderreichen Finnland liegt das Höchstalter für das staatliche Geschenk bei 17.

„Um Menschen in modernen Industriegesellschaften zu höheren Kinderzahlen zu motivieren, scheint weniger die Höhe von Geburtenprämien, Kindergeld und sonstigen Transferleistungen entscheidend zu sein“, resümieren die Forscher des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung. „Ausschlaggebend ist eher die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Gesellschaft.“

Letztlich aber kann noch so viel politischer Einsatz nicht garantieren, dass die Geburtenrate steigt. In den USA zum Beispiel liegt sie pro Frau bei 2,1 Kindern, obwohl dort so etwas wie Familienpolitik keine große Rolle spielt.

Kinderlosigkeit ist zwar ähnlich verbreitet wie in Deutschland, und gutsituierte Akademiker neigen ebenfalls dazu, ohne Nachwuchs zu bleiben: Die Hälfte der Frauen, die mehr als 75 000 Dollar im Jahr verdienen, ist kinderlos. Doch dieses Geburtendefizit machen die Amerikaner mehr als wett durch einen ganz besonderen Faktor: die altbackene Vorstellung strenggläubiger Christen, wie eine Familie auszusehen hat und was von Empfängnisverhütung zu halten ist.

Auffallend viele Kinder werden in Teilen des „Bible-Belt“ geboren, im sogenannten Bibel-Gürtel des amerikanischen Südens. Die meisten Babys aber kommen weiter westlich zur Welt, im Bundesstaat Utah. Dort sind die Mormonen zu Hause.

Julia Bonstein, Alexander Jung, Merlind Theile

Ende



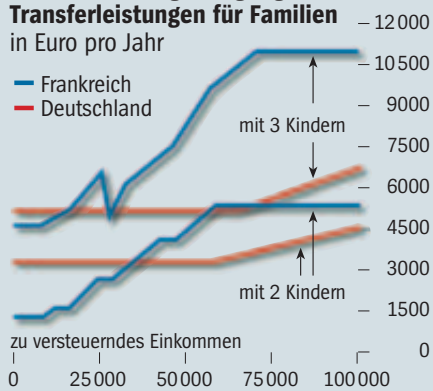
PETER MEISSNER / REFLEX

Hochzeitsfeier (in Berlin)
Kinder zählen wenig, der Trauschein viel

STRATEGIE: Steuerförderung ausbauen

Bislang können Familien je Kind nur bis zu 1500 Euro Betreuungskosten pro Jahr steuerlich absetzen, bei einem Selbstbehalt von 1548 Euro. Würde sich der Fiskus stärker beteiligen, könnten Familien mehr Tagesmütter regulär anstellen. Zudem könnte der Staat Kinder steuerlich fördern, indem er die Höhe der Einkommensteuerschuld wie in Frankreich von der Zahl der Familienmitglieder abhängig macht (Familiensplitting) statt vom Trauschein (Ehegattensplitting).

Steuerliche Vergünstigungen und Transferleistungen für Familien
in Euro pro Jahr



Quelle: DIW

DER SPIEGEL